

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post Bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Wg. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Beleg in Leipzig.**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206

Anzeigenpreis: Die 10gehalt. Kolonellszelle 35 Wg., bei Platzvorschrift 40 Wg. Stellenangebote 10gehalt. Kolonellszelle 25 Wg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10gehalt. Kolonellszelle mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Wg. Interate v. ausw.: die 10gehalt. Kolonellszelle 40 Wg. bei Platzvorschr. 50 Wg., Reklameseite 2,25 Wg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Keine Hilfe für die Erwerbslosen.

Erhöhung der Unterstützungssätze abgelehnt.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag mit der Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius waren zu den Verhandlungen erschienen, nachdem vorher eine besondere Kabinettsitzung im Reichstag stattgefunden hatte.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte, daß sich das Reichskabinett mit der Erwerbslosenfürsorge eingehend beschäftigt habe. Nach den gemachten Erhebungen könne man mit einer allmählichen Besserung des Arbeitsmarktes rechnen, wenn nicht durch die Witterung allzu starke Störungen eintreten. Die Regierung habe sich bemüht, durch zusätzliche Arbeitsbeschaffung auch für die Unterbringung der Ausgesteuerten zu sorgen. Die Ausgesteuerten, die keine Arbeit finden, sollten in der Verbindung mit der Wohlfahrtspolizei unterstützt werden. (Widerpruch bei den Soz.) Den finanzschwachen Gemeinden wolle die Regierung bei Inanspruchnahme der Armenfürsorge noch weiter entgegenkommen, als das nach dem jetzigen Erlaß vorgeesehen war. Nach diesem Erlaß sei eine Rückvergütung an die Gemeinden bis zu 50 Prozent zugesagt worden.

Eine Erhöhung der Unterstützungssätze müsse abgelehnt werden, da die Löhne z. Z. bereits bei der heutigen Unterstützung überhöht wären. Die Regierung wolle nur prüfen, inwieweit die Unterstellungsbedingungen für die alleinstehenden Arbeitslosen, vor allem für die unter 21 Jahren, gebessert werden könnten, vorausgesetzt, daß die Länder damit einverstanden seien. (Lebhafter Protest der Soz.) Der Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung könne die Regierung nicht zustimmen, dagegen könnten Erleichterungen bei der Prüfung geschaffen werden. Die Frage des Schutzes der älteren Angestellten und Arbeiter sei im Augenblick noch nicht spruchreif.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius stellte in den Mittelpunkt seiner Ausführungen die Forderung nach

Sehung der Kaufkraft der breiten Massen.

Die bisher vom Wirtschaftsministerium zur Arbeitsförderung beschrittenen Wege seien nicht ohne Erfolg geblieben. Aus Mitteln der produzierenden Erwerbslosenfürsorge habe man zunächst 5 Millionen für die Exportkreditversicherung bereitgestellt. Nicht weniger als 300 Auslandsgefächte seien damit gefördert worden. Die Krise des Siegerlandes werde in kurzer Zeit nachlassen; die Entspannung sei bereits sichtbar. Das Russengeschäft sei voll im Gange. Die Besserung der Wirtschaft werde von der Regierung auch auf ihre Aktivität in der Handelspolitik und auf den verstärkten Abschluß von Handelsverträgen zurückgeführt. Die Septemberzahlen zeigten wieder einen Anstieg der Auftragslage, besonders bei der Fertigungsindustrie. Auch die Umstellung in der Industrie müsse den Arbeitsmarkt beleben, die technische Verbesserung führe zu neuen Maschinenaufträgen. Erwähnenswert sei ferner die Entwicklung der Ferngasversorgung, die gleichfalls neue Aufträge mit sich bringe.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold lehnt ebenfalls eine pessimistische Betrachtung der Aussichten der Wirtschaft ab. Das Reich habe im ersten halben Jahr eine Mehreinnahme von 130 Millionen gehabt. Er stehe aber auf dem Standpunkt, daß es volkswirtschaftlich nicht richtig sei, Ueberschüsse zu erzielen. Für direkte Befehdung der Wirtschaft seien 1926 108 Millionen eingesetzt worden; dazu komme dann das Arbeitsbeschaffungsprogramm, mit dem in erster Linie den ausgesteuerten Erwerbslosen geholfen werden solle.

In der Aussprache bedauerte Genosse Hoch, daß der Reichsarbeitsminister die vor vier Monaten versprochenen positiven Angaben über die Unterstützung in der Erwerbslosenfürsorge nicht gemacht habe. Die Fragen, wieviel Mittel für die Verbesserung der Unterstützung verwandt werden könnten und wie diese Unterstützung im einzelnen aussehen solle, seien nicht beantwortet.

Genosse Herz bekämpfte die Ueberwälzung der Lasten der Erwerbslosenfürsorge auf die Gemeinden. Die Reichsregierung überlasse die

Auswirkung des Massenelends den Gemeinden

und plane zugleich noch eine Reform des Finanzausgleichs, die dem Reich eine neue Entlastung bringen soll. So spielte der Finanzminister mit dem Gedanken, die Garantie des Reiches bei der Umsatzsteuer wieder loszuwerden. Das Steuerermilderungsprogramm vom Frühjahr habe die mit ihm verknüpften Erwartungen auf Befehdung der Wirtschaft nicht erfüllt. Die Sozialdemokratie habe sich damals mit diesem Programm nur unter der Bedingung abgefunden, daß der Finanzminister nach der Steuerermilderung allen sozialen Erfordernissen gerecht werde. Die Bruttogehältern aus den Einkünften der Lohnsteuer zeigten folgendes Bild: April 99, Mai 90, Juni 92, Juli 94, August 99 und September 99 Millionen. Man könne also nicht von einer Befehdung der Wirtschaft sprechen. Der Reichsfinanzminister hat für die Arbeitslosen nichts übrig. Da muß die Frage aufgeworfen werden, ob die Reichsregierung die möglichen Einnahmen bereits erschöpft hat. Sind die Gewinne aus der Münzprägung in den Nachtzug eingestürzt? Ist die Reichsregierung bereit, die noch zur Verfügung stehenden Eisenbahnvorgeschüsse unterzubringen? Wenn die Finanzlage schwierig ist, warum hat dann der Reichs-

finanzminister in Dresden Steuerentfungen, vor allem bei den Realsteuern, in Aussicht gestellt?

Bei den Industriellen moßt der Reichsfinanzminister rotrot, hier im Sozialen Ausnahm grau und schwarz.

Ein Stand ist es, daß z. B. das Gesamtergebnis der Erbschaftsteuer in diesem Jahre ganze 12 Millionen beträgt. Die Vermögenssteuer hat gegenüber einem Voranschlag von 400 Millionen nur 110 Millionen gebracht. Solange solche Steuerquellen von der Reichsregierung nur ganz gering in Anspruch genommen werden, kann die arbeitende Bevölkerung kein Verständnis dafür haben, daß im Reiche die Mittel für eine ausreichende Unterstützung der Opfer der Wirtschaftskrise fehlen sollen.

Zu seiner Rechtfertigung bemerkte der Reichsfinanzminister, die Notlage der Länder solle bei dem Finanzausgleich berücksichtigt werden. Das zwingt aber die Regierung zur Ansammlung von Reserven. Wenn ein Defizit vermieden werden sollte, müßte das Reich jetzt Mehrausgaben unterlassen. Eine Steigerung der Erwerbslosenunterstützung habe auch wieder eine Neuregelung der Beamtenbezüge zur Folge. Für die Unterstützung der Erwerbslosen seien in den letzten Monaten vom Reich folgende Aufwendungen gemacht worden: April 28,7 Millionen, Mai 23,8, Juni 23,6, Juli 20,8, August 21,2 Millionen. Die Länder hätten jeweils genau dieselben Aufwendungen gehabt, die Gemeinden ein Kuntel davon. Der Reichsarbeitsminister erklärte, eine Neuregelung der Unterstützungssätze könne erst dann in Frage kommen, wenn das System geändert und eine Staffelung nach Lohnklassen eingeführt wäre.

Genosse Breg ließ keinen Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratie nicht gewillt ist, eine Besserstellung der Erwerbslosen bis zur Einführung eines neuen Systems oder bis zur Schaffung der Arbeitslosenversicherung weiter verschleppen zu lassen. Er wies im einzelnen nach, daß eine Einführung der Lohnstaffel im gegenwärtigen Augenblick mit besonderen Härten verbunden sei, da die Löhne aus der Inflationszeit, die hier zugrunde gelegt werden, besonders schlecht waren. Breg legte im einzelnen dar, daß es sehr wohl möglich ist, auch im Rahmen des jetzigen Systems die sofortige Erhöhung der Unterstützung herbeizuführen. Ebenso dringlich aber ist die Verlängerung der Bezugsdauer für die Ausgesteuerten. Die Regierung brauchte, um ihre sozialen Verpflichtungen erfüllen zu können, nur die Einnahmequellen zu benutzen, die unsre Fraktion bei der Steuerreform aufgezeigt hat.

Die Kommunisten versuchten fortwährend durch launigke Reden den Vorstehenden zu provozieren. Am diese Demonstration fortsetzen zu können, wandten sie sich auch dagegen, daß ein Unterausschuss eingesetzt wird und sie verlangten unter großer Heiterkeit, daß die Sozialdemokraten auf Wunsch der Kommunisten ihren Antrag zurückziehen. Der völkische Abgeordnete Stöhr sprach den Kommunisten bei und wandte sich gleichfalls gegen die Einsetzung eines Unterausschusses.

In der folgenden Abstimmung wurde der Unterausschuss gegen die Stimmen der Kommunisten und Völkischen beschlossen. Berichterstatter ist unser Genosse Breg; die sozialdemokratische Fraktion ist durch die Genossen Wiebel und Luise Schroeder vertreten.

Der Gemütsmensch.



„Für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes?“
„Ne, ich lese bloß den Börsenbericht und die Speisefarte.“

Die beste Bekämpfung

der Schundliteratur ist das Werben neuer Leser für die Volkszeitung!

Das Nein der Reichsregierung.

Seit einigen Monaten berichten die amtlichen Stellen einen stetigen Rückgang der Erwerbslosen. Dieser Rückgang war aber bisher so gering, daß auch noch in der letzten amtlichen Mitteilung eine Arbeitslosenziffer von etwa einhalb Millionen verzeichnet werden mußte. Dabei muß angemerkt werden, daß es sich bei diesen Zahlen lediglich um die unterstützten Vollerwerbslosen handelt, und daß dabei sowohl die Notstandsarbeiter wie auch die fortwährend sich vergrößernde Zahl der Ausgesteuerten außer Anschlag bleiben. Dem tatsächlichen Umfang der Erwerbslosigkeit ist der Reichswirtschaftsminister Curtius erheblich näher gekommen, als er auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Köln Anfang Oktober erklärte, daß etwa 8 Millionen Deutsche (Familienangehörige eingerechnet) direkt unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Man braucht nicht anzunehmen, daß der Reichswirtschaftsminister übertrieben hat; im Gegenteil wird die volle Wahrheit wohl erst erreicht werden, wenn man seinen acht Millionen noch etwas hinzufügt.

Es herrscht aber nicht nur nach wie vor eine Arbeitslosigkeit von ungeheurer Umfange, es vermehrt sich auch ständig die Zahl derjenigen, die bereits sehr lange Zeit hindurch erwerbslos sind. Von diesen entfällt ein besonders großer Prozentsatz auf die älteren Arbeiter und Angestellten, für die entsprechend dem Sinn der kapitalistischen Nationalisierung die Erwerbslosigkeit Dauercharakter haben soll. Mit der Länge der Arbeitslosigkeit steigt in den Kreisen der davon Betroffenen natürlich auch die Not. Die lange Erwerbslosenunterstützung verurteilt die Erwerbslosen zu Hunger und Entbehrungen. Bei längerer Dauer der Erwerbslosigkeit aber hat die Unterstützung lediglich noch die Bedeutung, ein schnelles Hungertod zu verhindern und diesen Prozeß in die Länge zu ziehen. Abgesehen von allen rein wirtschaftlichen Gründen, die für eine bessere Erwerbslosenfürsorge, insbesondere für die längere Zeit Erwerbslosen sprechen, können für diese auch alle sozialen Gründe ins Feld geführt werden. Die Reichsregierung aber anerkennt weder die Gründe der einen noch der anderen Art. Sie setzt ihnen mit Rücksicht auf kapitalistische Bedürfnisse ein glattes Nein entgegen.

In der zweiten Oktoberwoche hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages, der am 18. Oktober zusammengetreten ist, einen Antrag unterbreitet, durch den sie folgende fünf Hauptforderungen erhob: Wesentliche Erhöhung der Unterstützungssätze, Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung, Verlängerung der Bezugsdauer für die Ausgesteuerten, Beseitigung der Pflichtarbeit, Schutz der älteren Arbeiter und Angestellten. Mit diesem Antrage beschäftigte sich der Sozialpolitische Ausschuss am Donnerstag. Vor Beginn der Verhandlungen hatte das Kabinett eine Sitzung abgehalten, und zur Vertretung der dort gefaßten Beschlüsse zu dem sozialdemokratischen Antrag erschienen im Ausschuss Reichsarbeitsminister Brauns, Reichsfinanzminister Reinhold und Reichswirtschaftsminister Curtius.

Der Reichsarbeitsminister präzipierte die Stellungnahme des Gesamtkabinetts dahin, daß die Ausgesteuerten nach wie vor der sogenannten kommunalen Wohlfahrtsfürsorge (ehrlischer Ausgedrückt: der Armenfürsorge) überantwortet bleiben müßten. Die Reichsregierung wolle aber den finanzschwachen Gemeinden zukünftig etwas weiter entgegenkommen, als das bisher vorgeesehen war. Die Reichsregierung lehne eine Erhöhung der Unterstützungssätze ab. Herr Brauns machte sich dabei das Unternehmungsargument zu eigen, daß die Löhne bereits bei der heutigen Unterstützungshöhe zum Teil überschritten würden. Für den Reichsarbeitsminister hat es gar keine Bedeutung, daß diese Ueberschneidungen lediglich Folge zu niedriger Löhne, aber nicht zu hoher Unterstützungssätze sind. Vorausgesetzt, daß die Länderregierungen damit einverstanden sind, will die Reichsregierung aber prüfen, ob etwa die Unterstellungsbedingungen für die alleinstehenden Arbeitslosen verbessert werden können. Die Reichsregierung lehnt auch die Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung ab und will lediglich eine Milderung der Prüfungsbestimmungen erwägen. Die sehr wichtige Frage eines Schutzes der älteren Angestellten und Arbeiter wurde vom Reichsarbeitsminister ganz in Uebereinstimmung mit der Unternehmerhege gegen die entsprechenden Gewerkschaftsforderungen beiseite geschoben mit der Begründung, sie sei noch nicht spruchreif.

Der Reichswirtschaftsminister Curtius vertrat den Standpunkt, daß die bisher zur Arbeitsbeschaffung eingeleiteten Maßnahmen „nicht ohne Erfolg“ geblieben seien. Was er als „Beweis“ dafür anführte, konnte demjenigen nur ein ironisches Lächeln entlocken, der sich daran erinnert, mit welcher großen Verheißung das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Defizientlichkeit mitgeteilt worden ist. Erst sollten durch dessen Verwirklichung 500 000 Erwerbslose in Arbeit gebracht wer-